2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 118. | Dresden, Sonnabend den 23. Mai 1908 | 19. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

119. Sitzung vom 22. Mai 1908.

Als erster Punkt steht zur Beratung der Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kapitel 16 und 16a des Rechenschaftsberichts, Staatseisenbahnen und Zittau—Reichenberger Eisenbahn. Der Berichterstatter Abg. **Behrens** weist darauf hin, daß 1904/05 die Einnahmen gegen die Vorperiode um 21 Millionen Mark angewachsen seien. Es sind Etatüberschreitungen im Gesamtbetrage von 775 031 M. zu verzeichnen. Es erfolgt die Nachbewilligung ohne Debatte. Bei Titel 16a beziffert sich die Ueberschreitung auf 1578 M., die ebenfalls nachträglich genehmigt wird.

Es werden sodann zusammen zur Beratung gestellt der Bericht der Rechenschaftsdeputation über die Verwaltung und Vermehrung der Kgl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1904 und 1905 und der Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kapitel 24 des Rechenschaftsberichts, zum Kgl. Fideikommiß gehörige Sammlungen für Kunst und Wissenschaft. Kapitel 24 ist eine Etatüberschreitung von 8455 M. zu verzeichnen. Nach einem kurzen mündlichen Berichte des Abg. Gontard wird die Etatüberschreitung bewilligt.

Es folgt die Schlußberatung über Kapitel 44 des Etats, Akademie der bildenden Künste in Dresden. Es wird nach einem längeren unwesentlichen Berichte des Abg. Dr. Vogel in weitere Debatte beschlossen, die Einnahme bei diesem Kapitel mit 25 100 M., die Ausgabe mit 292 615 M. zu bewilligen. Gegen 3 Stimmen erfolgt die Bewilligung eines Verrechnungsgeldes in Höhe von 120 000 M. für Grundstückserwerbung zur Erweiterung der Akademie.

Der letzte Punkt betrifft Kapitel 44a, Kunstzwecke im allgemeinen. Der Bericht enthält eine Uebersicht von den Anschaffungen aus den Mitteln dieses Kapitels.

Abg. **Hübner** beschwert sich darüber, daß ein im Schloßhofe zu Augustusburg aus den Mitteln des Kapitels 44a aufgestellter Brunnen kein Wasser habe.

Ministerialdirektor Dr. **Schelcher**: Es werde demnächst Wasser in diesen Brunnen besorgt werden.

Sodann wurden bei Kapitel 44a die Ausgaben mit 168 000 Mark, darunter 85 000 M. künftig wegfallend, bewilligt. Zur Errichtung des Schilling-Museums zu Dresden werden 50 000 M. gestellt.

Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Kapitel 16 des Etats, Staatseisenbahnen.

Abg. **Goldstein** beantragt, Kapitel 16 erst Freitag auf die Tagesordnung zu stellen. Es sei bis Dienstag nicht möglich, den 41 Seiten umfassenden Bericht bei der jetzigen Ueberlastung mit Arbeiten durchzuarbeiten. Eine Volksvertretung, die nicht in der Lage sei, die Berichte zu prüfen vor der Entscheidung, verletzt ihre Pflichten.

Präsident Dr. **Mehnert**: Das Direktorium sei in einer Zwangslage. Wenn man vor Pfingsten den Landtag vertagen wolle, müsse man Kapitel 16 Dienstag zur Beratung stellen.

Der Antrag Goldstein wird nicht genügend unterstützt, es bleibt somit bei der übereilten Beratung des Eisenbahnetats.

Verbandstag der Stukkateure.

g. Nürnberg, 20. Mai.

Aus der sehr regen Debatte über die Frage der Erwerbslosenunterstützung ist folgendes zu erwähnen: Krebs-Berlin: Man solle sich, unbekümmert um andere Berufe, auf eigene Füße stellen. Man solle sich in prinzipieller Abstimmung möglichst einmütig für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung erklären. Redner befürwortet die Ausdehnung der Unterstützung auf 6 Tage bei zwölftägiger Karenzzeit. Die logische Folge eines solchen Schrittes werde ja freilich sein, daß ein kleiner Teil der Mitglieder abfallen wird, sie werden aber wiederkommen, wenn sie sehen, daß die Sache ihre guten Seiten hat. — Ramcke-Hamburg teilt mit, daß der Vorschlag des Hauptvorstandes in der dortigen Filiale einstimmige Zustimmung gefunden habe, während die Hamburger Gegner der Erwerbslosenunterstützung waren; er wünsche, daß überall dieser Umschwung der Anschauungen stattgefunden habe. Selbstverständlich sei, daß damit auch der Arbeitsnachweis durchgeführt werden müsse. Auf die staatliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge, von der die Rede gewesen, sei nicht zu rechnen. — Sittenfeld-Hamburg betrachtet die Sache als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage: wie erhalten wir unsere Mitglieder in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges? Er befürwortet eine vorläufige Unterstützungsdauer von 48 Tagen und erwartet von der Einführung dieses Unterstützungszweiges eine Abnahme der Fluktuation. — Hoppen-Düsseldorf erklärt sich als entschiedener Gegner des Antrages schon aus dem Grunde, weil der Verband eine Bauarbeiterorganisation ist. Die nötigen Kosten könnten in der Zeit der Krise nicht aufgebracht werden. Die erwartete Stärkung der Mitgliederzahl werde in das Gegenteil umschlagen. Andere Verbände liefern den Beweis, daß die Fluktuation bei der Arbeitslosenunterstützung fast genau dieselbe ist wie sonst. Auf die vom Verbande aufgenommene und der Vorlage zugrunde gelegte Statistik lasse sich nicht bauen. — Hugger-Freiburg i. B. erklärt, seine Filiale sei gegen die Einführung, er selbst aber habe sich von der Notwendigkeit überzeugen lassen und werde für den Antrag stimmen. — Eberwein-Mannheim bemerkt, er sei kein Gegner der Arbeitslosenunterstützung, wenn sie bestände, würden viele Tarifbrüche nicht vorkommen, doch müsse zuvor erst der Verband noch weiter ausgebaut werden. — Giebler-Hamburg führt gegenüber Hoppen aus, die Statistik male die Verhältnisse schwärzer als sie sind. Die Durchführung der Erwerbslosenunterstützung solle man sich doch nicht so schwer vorstellen. — Frech-Kiel, Wengels-Berlin, Herm-Hamburg erklären sich für, Fricker-Krefeld, Haiß-Dürrmerksheim u. a. gegen den Antrag. Der Verbandsvorsitzende Odenthal führt aus, man dürfe sich freuen, daß noch kein einziger Gegner auf den alten Einwand zurückgekommen sei, daß sich die Arbeitslosenunterstützung mit dem Charakter der gewerkschaftlichen Organisation nicht vertrage. Das sei schon ein bedeutender Fortschritt. Heute spreche alles für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die ganze Sachlage ist derart, daß den Kollegen die Annahme empfohlen werden muß, man würde geradezu die Organisation schädigen, wenn man sich auch diesmal mit einer platonischen Liebeserklärung begnügen würde. — Fuhrmann-Barmen: Elberfeld und Barmen stehen der Frage im Grunde sympathisch gegenüber, sie halten die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für notwendig, aber auf der anderen Seite befürchten sie eine schwere Schädigung der Organisation, da viele Mitglieder austreten und zu den Christlichen übergehen würden. Aus diesem Grunde lehne er die Vorlage ab. — Langer-Dresden ist Anhänger der Arbeitslosenunterstützung, aber es liege nicht alles so, wie es hier geschildert wurde. Die Befürworter des Antrages hätten viel Zukunftsmusik getrieben, die Statistiken seien zu rosig gefärbt. Redner tritt dafür ein, die Sache durch eine Urabstimmung entscheiden zu lassen. — Schäfer-Leipzig bekennt sich als alter Freund der Arbeitslosenunterstützung, hier aber müsse der Schritt überlegt werden. Auch er tritt für Entscheidung durch Urabstimmung ein, wobei mindestens eine Zweidrittel-Mehrheit vorgeschrieben werden müsse.

Der Vertreter der Generalkommission, Rude-Berlin, teilt nicht die Befürchtung, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder infolge Einführung der Erwerbslosenunterstützung zurücktreten werde, und verweist auf den Verband der Zimmerer, wo die Entwicklung dieser Frage fast genau dieselbe gewesen sei wie bei den Stukkateuren. Bei der Einführung habe der Verband 27 000 Mitglieder gehabt, jetzt seien es 52 000. Die Frage einer Urabstimmung zu unterstellen, könne er nicht empfehlen. Durch den Ausbau des Unterstützungswesens werde die Solidarität gesteigert.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion erklären sich die Delegierten von Mannheim, Nürnberg, Essen, Frankfurt a. M. und Erlangen gegen die Einführung, während andere Redner sich für einen von Baues-Düsseldorf gestellten Antrag erklären, wonach die Erwerbslosenunterstützung erst am 1. April 1910 in Kraft treten und die erhöhte Beitragszahlung für diesen Unterstützungszweig erst 1. April 1909 erfolgen soll.

Zuletzt wird Schluß der Debatte über diesen Punkt beschlossen. Es folgt die Abstimmung über die Anträge. Der Antrag auf Entscheidung durch Urabstimmung wird per Akklamation abgelehnt. Die Abstimmung über die übrigen Anträge erfolgt namentlich. Mit 31 Stimmen entscheidet sich der Verbandstag für die Frage, ob die Erwerbslosenunterstützung überhaupt eingeführt werden soll. Abgelehnt wird der Antrag des Hauptvorstandes, nach dem die Einführung schon am 1. Juni in Kraft treten soll, mit 29 gegen 16 Stimmen, desgleichen mit 31 gegen 14 Stimmen der Antrag Krebs-Berlin, der verlangt, daß die Beitragszahlung am 1. Oktober 1908 beginne, und die Auszahlung der Unterstützung am 1. Oktober 1909 beginne, dagegen wird der Antrag Baues-Düsseldorf, der den Beginn der erhöhten Beitragszahlung auf 1. April 1909 und den der Unterstützung auf 1. April 1910 festsetzt, mit 31 gegen 4 Stimmen angenommen. Eine Kommission von fünf Mitgliedern, deren Vorschläge zwei Mitglieder des Hauptvorstandes anwohnen, wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Es folgt die Beratung der Reiseunterstützung. Hierzu werden folgende Abänderungen des Statuts beschlossen: Jedes Mitglied hat sich sofort nach Ankunft in einer Filiale im Nachweis oder beim Kassierer zu melden, widrigenfalls er jedes Unterstützungsanspruches verlustig geht. Je nach den örtlichen Verhältnissen erhält jedes Mitglied, ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft, ein oder zwei Nächte Logis. Die Reiselegitimationen werden abgeschafft, dafür wird ein einheitliches Verbandsbuch gegeben, das für einen mehrere Verbandstage umfassenden Zeitraum ausreicht. Als Reiseunterstützung werden pro Kilometer 2 Pf. gewährt, jedoch von einer Filiale zur andern nur für 150 Kilometer. Diese Beschränkung gilt für diejenigen Orte nicht, in denen die Entfernung von der nächstgelegenen Filiale über 150 Kilometer beträgt. Die Streikenden, die vom Orte des Streiks abreisen, erhalten die Reiseunterstützung. Angenommen wird auch ein Antrag Thielberg: Die Gesamtheit der in einem Jahre 152 aufeinanderfolgenden Wochen zu erhebenden Reiseunterstützung darf den in § 11 vorgeschriebenen Betrag nicht übersteigen, es darf daher ein Mitglied nur dann Reiseunterstützung beziehen, wenn, vom jeweiligen Erhebungstage 52 Wochen zurückgerechnet, die Jahressumme in diesem Jahre (52 Wochen) nicht voll erhoben ist.

Die Sterbeunterstützung wird, nachdem der Vorstand seine Anträge hierzu zurückgezogen hat, wie bisher belassen, nur wird ein Antrag Berlin angenommen, der die bisherige Fassung verbessert.

Es folgt nunmehr die Beratung der Anträge zur Streikunterstützung.

13. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

k. Frankfurt a. M., 21. Mai 1908.

Vierter Verhandlungstag.

Nach Einsetzung einer Kommission für die Verschmelzung zu einem Industrieverbande wird der Bericht der Presse entgegen genommen, den Redakteur Mahler erstattet. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, den er ergänzt. Der Zentralvorstand und die Redaktion wurden die Anstellung eines Redakteurs empfehlen, da er überlastet sei und die Redaktionsgeschäfte nur nebenbei führen könne. Das Verhältnis mit der Preßkommission sei kein angenehmes, denn diese erfülle ihre Aufgabe nicht in richtiger Weise. — Opitz-Berlin, Vertreter der Preßkommission, meint, diese habe sehr wenig Rechte, der Zentralvorstand würde die Befugnisse der Preßkommission beschneiden. Mit der Sacreibweise der Lederarbeiterzeitung sei die Preßkommission mit einigen Ausnahmen einverstanden.

Die Diskussion über diesen Punkt ist sehr ausführlich. Die meisten Redner betonen, daß die Sumpfblüten der Preßkommission beseitigt werden müsse, deren Funktionen sollen nicht dem Verbandsausschuß — wie beantragt wurde — übertragen werden. Fast alle sind für die Anstellung eines Redakteurs und für das wöchentliche Erscheinen der Lederarbeiterzeitung ein. Diesem stimmt die Generalversammlung auch zu, doch sollen diese Beschlüsse erst dann zur Ausführung kommen, wenn sich die geplante Verschmelzung zum Industrieverbande zerschlägt.

Die Punkte: Agitation und Organisation, Einführung der Erwerbslosenunterstützung und Statutenberatung werden zusammen behandelt. Es liegen hierzu eine große Zahl Anträge vor. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beantragen Hauptvorstand und vier Zahlstellen. Zur Statutenberatung liegen nicht weniger als 271 Anträge vor. Der Verbandsbeitrag beträgt zurzeit für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 20 Pf. pro Woche. Es ist nun beantragt, Staffelbeiträge einzuführen. Der Zentralvorstand und acht Zahlstellen verlangen Beiträge von 50 und 25 Pf. für männliche Mitglieder und 25 Pf. für weibliche. Andere Zahlstellen schlagen bis zu vier Klassen vor. Die Reise-, Orts- und Streikunterstützungen sollen erhöht werden. Die Einführung der Erwerbslosen-Krankenunterstützung beantragt neben einigen Zahlstellen auch der Zentralvorstand. Es wird ohne Referate gleich in die Diskussion eingetreten, die sich sehr lange hinausdehnt. Die Delegierten begründen die vorliegenden Anträge und treten meist für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und Staffelbeiträge ein. Es wird auch demgemäß fast einstimmig beschlossen. Für die weiblichen Mitglieder soll der Beitrag 25 Pf., für die männlichen in der 1. Klasse 50 Pf., in der 2. Klasse 65 Pf. betragen. Die Festsetzung einer Karenzzeit bei der Erwerbslosenunterstützung wird abgelehnt. Angenommen wird noch ein Antrag, der dem Hauptvorstand das Recht gibt, Gau- und Ortsbeamte anzustellen. Die Beschlüsse sollen der Statutenberatungskommission als Unterlage für ihre Arbeit dienen.

In geschlossener Sitzung wird dann die Taktik bei Lohnbewegungen behandelt. Damit schließt der 4. Verhandlungstag.

Hausfrauen kauft nur

Man lasse MAGGIs Würze nur in MAGGIs Originalfläschchen nachfüllen, weil in diese gesetzlich nichts anderes als echte MAGGI-Würze gefüllt werden darf.

MAGGIs Würze mit dem Kreuzstern

— Probefläschchen 10 Pf. —

denn sie ist einzig in ihrer Art und altbewährt; sie übertrifft alle zum gleichen Zwecke angepriesenen Präparate.

Sehr ausgiebig: Man verwende stets den Würzesparer.

Zahn-Arzt Prag
24 Christianstr. 34

Nur schonendste Behandlung. Künstliche Zähne stets brauchbar und passend. Dauerhafte Plomben. Zahnziehen in lokaler Betäubung. Kleine Preise. Behandl. von mir persönlich.

H. A. Herrmann

empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Elsasser Lederhosen, Arbeitshosen blauen Maschinisten-Anzügen Fleischer- u. Hausjacken Großes reichhaltiges Schuhwarenlager für Herren, Damen und Kinder. Schaftstiefel und Arbeitsschuhe. Wie bekannt alles nur in guter Ware bei soliden Preisen.

Ziegelstrasse Nr. 6. Zum billigen Laden.

Möbel- und Waren-Kredithaus

Wilh. Ritter & Co.

Postplatz

Stadtwaldschlösschen

1. und 2. Etage

Dürkopp

Kataloge umsonst und postfrei

Dürkopp-Räder sind von absoluter Haltbarkeit

DÜRKOPP & CO. A.-G. BIELEFELD.

Vertreter: F. W. Meissner, Dresden-A. 1, Annenstr. 46; Theodor Sander, Dresden-Cotta, Wartburger Strasse ... II.

Achtung!

Radfahrer von Höckendorf u. Umg.!

Unfall-Unterstützung, wöchentlich 6—9 M., Sterbegeld, Rechtsschutz, Wege- und Grenzkarten sowie die alle 14 Tage erscheinende Zeitung gewährt der Arbeiter-Radfahrer-Bund

Solidarität

seinen Mitgliedern. Eintrittsgeld 60 Pf., Monatsbeitrag 40 Pf. Radfahrer, welche gewillt sind, obigem Bunde beizutreten, werden ersucht, sich Sonntag den 24. Mai, nachm. 3 Uhr, im Gasthof zu Höckendorf zu einer Besprechung einzufinden. Der Einberufer.

Kurt Wilkerling, Pieschen, Mohnstrasse 2

Tischler- und Polstermöbel sowie komplette Ausstattungen sollen wegen Umbau zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden.

Fast neuer Kinderwagen zu verk. Zwickauerstraße 60, 3, r.

Schön. gebr. Kinderw., G.-R., bill. zu verkaufen. Dürerstr. 12, pt. r.